

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

ES GEHT NICHT UM MACHT, SONDERN UMS MACHEN



von links nach rechts: Jasmina Hostert (Stellv. Landesvorsitzende), Sascha Binder (Generalsekretär), Parsa Marvi (Stellv. Landesvorsitzender), Andreas Stoch (Landesvorsitzender), Karl-Ulrich Templ (Schatzmeister), Dorothea Kliche-Behnke (Stellv. Landesvorsitzende), Rita Schwarzelühr-Sutter (Stellv. Landesvorsitzende)

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

es gibt keinen Grund zum Jubeln. Das Aus der Ampelkoalition, das uns die FDP entlang perfider Pläne aufgezwungen hat, schadet uns – ob wir nun Schuld daran haben oder nicht. Man war es schon gewohnt, dass die Bundesregierung ihre unbestreitbaren Leistungen hinter dauernden Negativschlagzeilen versteckte, nun drückt das tumultartige Ende der gesamten Regierungszeit den Stempel „gescheitert“ auf. Gut ist das nicht.

Aber es gibt auch keinen Grund für uns, gesenkten Hauptes in die kommende Bundestagswahl zu gehen. Die Leute haben gesehen, wie eine kleine Lobbypartei wie die FDP ihre Profilneurose

über die Verantwortung für unser Land gestellt hat. Und sie haben gesehen, wie lange Olaf Scholz und die SPD aus eben dieser Verantwortung gezögert haben, Lindner und Co. vor die Tür zu setzen.

Und die Leute wissen auch, dass es bei der kommenden Bundestagswahl nicht in erster Linie um Köpfe geht. Auch wenn die Medien die Frage von Namen und Spitzenkandidat:innen aufblasen – **bei dieser Wahl geht es darum, ob Deutschland die Ärmel hochkrempelt und die anstehenden Probleme löst oder eben nicht.** Ob wir Zukunftsfragen beantworten oder ob wir Retro-Politik aus vergangenen Zeiten betreiben, als unser wichtigstes Staatsziel noch die niedrigste Verschuldung in der Eurozone war. **Investieren wir jetzt in unser Land oder lassen wir alles weiter brö-**

seln und polieren die schwarze Null?

Das ist die Frage, und es ist eine Frage, die zwischen SPD und CDU entschieden wird, so sehr, wie schon lange nicht mehr. **Das ist eine riesige Aufgabe für uns, aber es ist auch eine riesige Chance.** Denn von all den Populist:innen hört man aktuell gar nicht mehr viel.

Die Chancen stehen mal wieder nicht blendend, aber genau in solchen Zeiten zeigen wir, was die SPD kann. **Wir haben Endspurtqualitäten, wir haben ein klares Konzept, um unser Land durch diese schweren Zeiten zu führen.** Und wir haben einen Bundeskanzler, der gerade in diesen Krisen für eine besonnene, verlässliche und entschlossene Außen- und Sicherheitspolitik steht. Nein, Olaf Scholz ist kein Schreihals, und Schreihälse brauchen wir jetzt auch nicht.

Was wir brauchen, das ist Geschlossenheit und das sind gemeinsame Überzeugungen. Umso mehr freuen mich die Ergebnisse unseres Landesparteitags in Offenburg, natürlich auch mein eigenes bei der Wiederwahl als Vorsitzender. Auch an dieser Stelle: Herzlichen Dank für euer Vertrauen! Und was für den Bund gilt, gilt auch für unser Land und die Wahl 2026: Die SPD steht für Investitionen in unser Land, mit allen Mitteln, die in diesen Krisenzeiten nötig sind. Deswegen wollen wir regieren. Uns geht es nicht um Macht, sondern ums Machen!

Vielen von euch hat dieser turbulente November auch ganz persönlich die Terminpläne auf den Kopf gestellt. Nominierungen und Kampagnenplanung, Wahlkampftermine – da kommt manche Herkulesaufgabe auf uns zu. Aber es gilt, was ich schon in Offenburg gesagt habe: Ich freue mich auf diese Aufgaben, und ich freue mich, dass ich Sie zusammen mit euch angehe. **Wir können so was!**

Euer


Andreas Stoch

NEUE ORGANISATIONSSTRUKTUR IM SPD-LANDESVERBAND

Unsere hauptamtlichen Mitarbeitenden unterstützen euch dabei, dass ihr soziale Politik für Baden-Württemberg machen könnt. Sie beraten die SPD-Gliederungen in allen Fragen. Sie mobilisieren die Mitglieder. Sie planen Veranstaltungen. Und wenn es einmal eng wird, packen sie auch selbst mit an. Das macht unsere Organisation aus.

Gemeinsam wollen wir stetig besser werden und unsere Kampagnenfähigkeit weiter stärken. Des-

halb haben wir im letzten Jahr mit der *OrgaKomm* bereits verschiedene Maßnahmen im Ehrenamt umgesetzt (z.B. die Einführung der Ampelkategorien für Ortsvereine). Auch im Hauptamt haben wir intensiv daran gearbeitet, unsere Organisation weiterzuentwickeln und uns für die Zukunft aufzustellen.

Unsere Organisation besteht künftig aus fünf Einheiten. Wir bringen zusammen, was zusammen gehört:

5 ORGANISATIONSEINHEITEN



**SIEBEN
REGIONAL-
ZENTREN**

Sicherstellung der politischen Parteiarbeit vor Ort

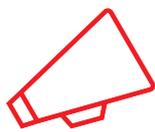
Mitgliederaktivierung und Veranstaltungsdurchführung



**MITGLIEDER-
ORGANISATION
MITGLIEDERSERVICE.BW**

Zentrale Verwaltung und Steuerung der Mitgliederdaten

Mitgliedergewinnung und -bindung



**ÖFFENTLICHKEITS-
ARBEIT
KAMPAGNE &
KOMMUNIKATION**

Kommunikationskampagnen

Veranstaltungen
Wahlen



**LANDES-
VORSTAND
AGEN & JUSOS**

Inhaltliche und organisatorische Bearbeitung und Begleitung der Parteigremien



**ZENTRALE
DIENSTE**

Interne Verwaltungsvorgänge, v.a. Finanzen, Personal und Büroorganisation



Für euch im Einsatz: Die Mitarbeiter:innen der Landesgeschäftsstelle und der Regionalzentren.

DAS FORUM EINE WELT: FÜR EINE SOLIDARISCHE POLITIK

Wir leben in einer multipolaren Welt mit Rivalitäten zwischen Demokratien und autoritären Regimen und stehen zugleich vor großen Herausforderungen wie Kriegen, Klimawandel und Ressourcenmanagement. Antworten auf diese Fragen können nur im globalen Miteinander gefunden werden. Aus diesem Verständnis heraus treffen sich im Forum Eine Welt im SPD-Landesverband Genoss:innen und in der Entwicklungspolitik Engagierte, um eine solidarische Entwicklungspolitik zu fördern und den Landesvorstand und unsere Abgeordneten in entwicklungspolitischen Fragen zu beraten.

NEUE LANDESPRECHER:INNEN

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung wurde **Sebastian Cuny** zum Landessprecher gewählt, unterstützt von **Derya Türk-Nachbaur** und **Salidou Gueye** als Stellvertreter:innen.

MITMACHEN

Interessierte Genoss:innen sind herzlich willkommen! Meldet euch bei sebastian.cuny@spd-landtag-bw.de. Weitere Infos findet ihr auch hier: <https://www.spd-bw.de/meldungen/das-forum-eine-welt-fuer-eine-politik-des-solidarischen-globalen-miteinanders/>

MITGLIEDERSERVICE.BW

Deine Mitgliederdaten sind bei uns in guten Händen und mit deiner Mithilfe sind sie stets aktuell. Die Abteilung Mitgliederorganisation unter der Leitung von Alexander Lucas besteht aus je einer/einem hauptamtlichen Mitarbeiter:in aus jedem Regionalzentrum und ist nun zentral für die Bearbeitung der Mitgliederdaten im SPD-Landesverband Baden-Württemberg zuständig.

Das MITGLIEDERSERVICE.BW-Team von ist für euch da:

- **Eintritt in die SPD**
- **Änderung der Postanschrift oder E-Mail-Adresse**
- **Änderung des Mitgliedsbeitrags oder der Bankverbindung**
- **Beitragsquittung**
- **Sterbefall eines Mitglieds**

Auf der Internetseite www.spd-bw.de/mitgliederservice/ findet ihr Beispiele, wie Änderungen in der Mitgliederdatenbank übermittelt werden können.

E-MAIL: mitgliederservice.bw@spd.de

POST: SPD Baden-Württemberg
MITGLIEDERSERVICE.BW
Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart

TELEFON: 0711 / 619 36 36



BROSCHÜRE ZUM CARLO-SCHMID-PREIS

Der Carlo-Schmid-Preis '24 wurde an das Medienhaus CORRECTIV verliehen. Nun ist eine Broschüre mit allen Reden und vielen Bildern der Preisverleihung für 5,00 € unter carlo-schmidstiftung@spd.de zu bestellen.

BUCH ÜBER LANDES-SPD: „MAL GANZ EHRlich“

Martin Mandler, langjähriger Mitarbeiter in der SPD-Landtagsfraktion, liefert mit seinem Buch „Mal ganz ehrlich“ einen Überblick über Geschichte und Politik von Fraktion und Partei im Land von 1952 bis 2022. Es ist eine einzigartige, empirisch-analytische Studie über die SPD Baden-Württemberg – auch mit Sprachwitz und Anekdoten zum Schmunzeln. Unser Landesvorsitzender Andreas Stoch sagt: „Wer dem Buch durch diese 70 Jahre folgt, findet spannende Einblicke und schlaue Analysen, lernt über die Geschichte und lernt für die Zukunft.“

Im Ton war es freundlich, aber in der Sache klar: Im November haben Abgeordnete der SPD-Fraktion im Landtag die ersten 20.000 Unterschriften gegen die Schließung weiterer 18 Notfallpraxen im Land an den zuständigen Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) überreicht. Und das nicht als Bittsteller: Die SPD, aber auch viele (Ober-)Bürgermeister:innen, Landrät:innen oder Wahlkreisabgeordnete diverser Parteien üben heftige Kritik an Lucha – und fordern von ihm, die Schließungswelle quer durchs Land zu stoppen.

Was steckt hinter diesem Protest? Da es der SPD auch um Grundsätze geht, kann man ruhig einmal mit Grundsätzen anfangen: Niedergelassene Ärzte haben Rechte und Pflichten, und zu den Pflichten gehört es, dass Ärztinnen und Ärzte die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen haben – also durch eine Vertretung, wenn sie im Urlaub sind, aber auch durch einen Notdienst außerhalb der Sprechzeiten. Dieser „Sicherstellungsauftrag“ ist Gesetz.

Nicht nur in Baden-Württemberg hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) schon vor langer Zeit ein System entwickelt, diesen Sicherstellungsauftrag mit sogenannten Notfallpraxen zu erfüllen: Viele Ärztinnen und Ärzte einer Gegend lösen sich in dieser Praxis ab, zum Teil kommen auch Ärztinnen und Ärzte ohne Kassenzulassung zum Einsatz. So weit, so sinnvoll.

Doch nun begann die KV in Baden-Württemberg, auch diese bereits zentralisierten Notfallpraxen weiter zu zentralisieren und Standorte zu schließen. Etliche schon 2023, und nun stehen weitere 18 Standorte im ganzen Land auf der Streichliste. **Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren wäre ein Drittel aller Notfallpraxen im Land verschwunden.**

So etwas gibt und gab es noch in keinem anderen Bundesland. Im Gegenteil: Als die KV in Rheinland-Pfalz auch nur über Schließungen nachdachte, wurde sie vom dortigen Gesundheitsminister einbestellt, der sie an ihren gesetzlichen Auftrag erinnerte. Fazit: Keine Schließungen.

Doch in Baden-Württemberg macht Minister Lucha lieber den Pressesprecher der KV: Er stimmte den Streichungen zu, noch ehe sein Ministerium (das beweist eine SPD-Anfrage) überhaupt die Auswirkungen auf die Menschen kannte: Wer muss wie lange fahren? Welche Notfallpraxen waren wie stark ausgelastet? Der Minister weiß es nicht.

Stattdessen macht Lucha Marketing: „Notfallpraxen“ sei der falsche Begriff, sagt der Minister – obwohl genau dieser Begriff bei den meisten Notfallpraxen im

NOTFALLPRAXEN: KÜRZEN, BIS KEIN ARZT KOMMT?

NICHT NUR IM LANDTAG HAT SICH DIE SPD-FRAKTION AN DIE SPITZE DES PROTESTS GEGEN DIE SCHLIESSUNG WEITERER 18 NOTFALLPRAXEN IM LAND GESTELLT. WARUM? ES GEHT UM DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG VON HUNDERTTAUSENDEN MENSCHEN IM LAND, ABER AUCH UM GRUNDSÄTZE. UND ES GEHT UM DIE FRAGE, WARUM BADEN-WÜRTTEMBERGS GRÜN-SCHWARZE REGIERUNG MAL WIEDER WENIGER SCHAFFT ALS ALLE ANDEREN LANDESREGIERUNGEN. ANDREAS STOCH ERKLÄRT.



Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Stuttgarter Landtag Andreas Stoch (2.v.r.) und der gesundheitspolitische Sprecher Florian Wahl (Mitte) überreichen Gesundheitsminister Manne Lucha (2.v.l.) und der stellvertretenden Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Doris Reinhardt (links) die 20.000 gesammelten Unterschriften gegen die Schließung von 18 Notfallpraxen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:
Roman Götzmann

Redaktion:
Hendrik Rupp

Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon:
0711 2063-711/781

E-Mail: zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

facebook.com/
spdlandtagbw

twitter.com/
spdlandtagbw

instagram.com/
spdlandtag_bw

Land an der Türe steht. Und er erzählt davon, dass viele Praxen nicht dauernd ausgelastet sind. Die Feuerwehr ist aber auch nicht dauernd im Einsatz und wir brauchen sie trotzdem. **Und dann verweist er auf die Notaufnahmen der Kliniken. Spannend, denn wenn die Kliniken über volle Notaufnahmen klagen, hat Lucha immer gerne gesagt, es gebe ja auch noch die Notfallpraxen.** Überdies erzählt der Minister gerne in wolkiger Weise, es werde ja alles besser durch die Telemedizin – so als werde sich eine 90-Jährige mit Herzrasen mal eben in eine Videokonferenz einwählen. Nein, sie wird sich mit immensen Aufwand 30 oder 40 Kilometer zum nächsten Krankenhaus mit Notaufnahme fahren lassen, um dann dort – eben, weil sie kein dringender Notfall ist – stundenlang auf eine Behandlung zu warten. Wer denkt sich so etwas aus?

Für die SPD im Landtag geht es also nicht nur um die Versorgung hunderttausender Menschen im Land (die jetzt zur Schließung anstehenden Notfallpraxen hatten immerhin rund 90 000 Patientinnen und Patienten im Jahr), sondern auch um das

grundsätzliche Rollenverständnis der Kassenärztlichen Vereinigung und noch mehr um das Rollenverständnis von Gesundheitsminister Lucha. Warum nimmt er seine Rechtsaufsicht nicht wahr? Warum kennt er nicht einmal die Auswirkungen dieser einmaligen Streichung medizinischer Versorgung? Warum hat er die Betroffenen vor Ort weder informiert noch angehört?

Seit Bekanntwerden der Pläne zur Schließung hat nicht nur die Fraktion, sondern die gesamte SPD Baden-Württemberg einen breiten Gegenprotest organisiert, um für die Notfallpraxen im Land zu kämpfen. Es gab Proteste auch in Stuttgart, in manchen Rathäusern im Land wurden extra Busse für die Anfahrt gechartert.

Minister Lucha wusste von den Plänen der Kassenärztlichen Vereinigung und hat gehofft, sie aussitzen zu können. Die SPD kämpft dafür, ihn zum Handeln zu bringen. Der Minister muss die KV im Südwesten dazu bringen, die Erfüllung des Sicherstellungsauftrags im Notdienst zu gewährleisten und aufzuzeigen, mit welchen Konzepten das klappt. So, wie es in allen anderen Bundesländern klappt. Das ist, was die Südwest-KV und Lucha gerne verschweigen: Das Urteil des Bundessozialgerichts, das die Schließung theoretisch ermöglicht, gilt in allen 16 Bundesländern, und ein Mangel an Ärztinnen und Ärzten herrscht ebenfalls überall in Deutschland. **Warum aber lösen die anderen 15 Länder das Problem – und allein Baden-Württemberg will auf Kosten der Bevölkerung radikal die Versorgung kürzen?**

Die SPD wird weiterkämpfen – im ganzen Land und auch im Landtag. Minister Lucha und sein Haus müssen erst einmal die Lage und die Konsequenzen der Schließungen prüfen, mit den Betroffenen vor Ort reden und diese anhören. Und sollte es im Südwesten noch Unklarheiten geben, was der Sicherstellungsauftrag der Ärzte beim Notdienst bedeutet – dann sollte ein Minister nicht achselzuckend danebenstehen, sondern diese Unklarheiten beseitigen und die Rechtslage präzisieren. Genau das hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in seinen Eckpunkten zur Notfallversorgung vorgesehen.



FOTO: PASCAL SEEZ